



Zwei Mütter schieben ihre Kinderwagen eine Landstraße entlang. Eltern von Frühchen sollen künftig einen Monat länger Elterngeld erhalten, wenn das Kind mindestens sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin zur Welt gekommen ist. Bild: Felix Kästle/dpa

Mehr Elterngeld bei Frühchen und mehr Teilzeit-Möglichkeiten

Das Elterngeld soll Mütter und Väter nach der Geburt der Kinder finanziell absichern. Die Leistung soll noch flexibler nutzbar werden und die besondere Situation nach Frühgeburten berücksichtigen. Topverdiener sollen kein Elterngeld bekommen.

Berlin. (dpa) Eltern von Frühchen sollen einen Monat länger Elterngeld erhalten, wenn das Kind mindestens sechs Wochen vor dem errechneten Geburtstermin zur Welt gekommen ist. Zudem sollen Mütter und Väter, die während des Elterngeldbezugs in Teilzeit arbeiten wollen, mehr Möglichkeiten dazu bekommen. Das geht aus einem Entwurf für eine Elterngeldreform hervor, der der Deutschen Presse-

Agentur vorliegt. Er wurde vergangene Woche in die Abstimmung zwischen den Ministerien gegeben.

Der Entwurf sieht vor, dass Paare mit mehr als 300 000 Euro Jahreseinkommen keinen Anspruch auf Elterngeld haben sollen. Bisher liegt die Grenze bei 500 000 Euro. Bei einem derart hohen Einkommen sei davon auszugehen, dass Elterngeld für die Entscheidung, in welchem Umfang zur Betreuung des Kindes auf Erwerbstätigkeit verzichtet werden solle, unerheblich sei, heißt es.

Sieben Milliarden jährlich

Elterngeld bekommen Mütter und Väter, wenn sie nach der Geburt des Kindes nicht oder vorerst nur wenig arbeiten wollen. Der Staat unterstützt das mit mindestens 300 Euro und maximal 1800 Euro im Monat – abhängig vom Netto-Verdienst vor der Geburt des Kindes. Das Elterngeld wird maximal 14 Monate

lang gezahlt, wenn sich beide an der Betreuung beteiligen. Die Zahlungsdauer kann auch weiter gestreckt werden (ElterngeldPlus). Dafür sind die monatlichen Zahlungen dann kleiner. Laut Bundesfamilienministerin Franziska Giffey (SPD) gibt der Staat jährlich mehr als sieben Milliarden Euro dafür aus.

Giffey will nun mit der Reform nach eigenen Angaben das Elterngeld noch mehr auf Partnerschaftlichkeit ausrichten. Mütter und Väter, die Elterngeld beziehen, aber schon wieder in Teilzeit zurück im Job sind, dürfen in Zukunft 32 Stunden statt wie bisher 30 Stunden pro Woche arbeiten, ohne ihren Elterngeldanspruch zu verlieren. So werde beispielsweise eine Vier-Tage-Woche möglich, heißt es im Entwurf.

Zudem werden die Regeln für den Partnerschaftsbonus gelockert. Dabei handelt es sich um zusätzliches Elterngeld, das Paare erhalten

können, wenn beide Eltern eine bestimmte Anzahl von Stunden in Teilzeit arbeiten und sich die Betreuung der Kinder teilen. Der Bonus stärke die Beteiligung von Vätern nachweislich, heißt es in der Begründung zum Gesetzentwurf. Trotzdem werde er nur von einer vergleichsweise kleinen Gruppe von Eltern in Anspruch genommen.

Gesetz soll 2021 in Kraft treten

Eltern von Babys, die zu früh auf die Welt gekommen sind, will Giffey stärker unterstützen. Sie sollen mit der längeren Zahlung des Elterngeldes mehr Zeit bekommen, „um mögliche Entwicklungsverzögerungen ihres Kindes besser aufzufangen zu können“. Geplant ist, dass die Neuregelungen nächstes Jahr in Kraft treten. Dafür muss die Reform aber zunächst vom Kabinett beschlossen werden und dann durch Bundestag und Bundesrat.

Ruf nach härterer Verfolgung von Hate-Speech

Rabbi Goldschmidt sieht Staat und Online-Plattformen in der Pflicht – Innenstaatssekretär fordert Zugriff auf IP-Adressen

Von Alexander Pausch

München. Als „zu wenig, und zu spät“ hat Michel Friedman die Maßnahmen zur Verfolgung von Hate-Speech (Hasskommentaren) und Hate-Crime (Hass-Verbrechen) bezeichnet. Der ehemalige Vorsitzende des Europäischen Jüdischen Kongresses, des europäischen Zweiges des Jüdischen Weltkongresses, forderte zusammen mit dem Präsidenten der Europäischen Rabbinerkonferenz, Rabbiner Pinchas Goldschmidt, ein härteres Vorgehen.

Goldschmidt sagte, die Radikalisierung auf Online-Plattformen führe nicht nur zu mehr antisemitischen Angriffen, sondern auch zu Hassverbrechen gegenüber Muslimen und anderen. Er warnte, die Stärke der Extremisten durch soziale Plattformen erlangen würden, führe ins Chaos. Als Beispiele nannte er die Angriffe auf die Moschee in Christchurch (Neuseeland) sowie die Synagogen in Halle und in Pittsburgh in den Vereinigten Staaten.

Der oberste Rabbiner von Moskau zitierte den Erzbischof von Canterbury, Justin Welby, der vor wenigen Tagen auf den ersten Pe-



Der Ex-Online-Sicherheitschef von Facebook und heutige Professor an der Stanford University, Alex Stamos (rechts), wies die Kritik an Facebook zurück. Bild: paa

trusbrief verwiesen hatte, um Facebook und Twitter zu beschreiben: „Der Teufel geht wie ein brüllender Löwe umher und sucht, wen er verschlingen kann“, sagte Welby und warnte, die Online-Plattformen würden helfen, Böses und Grausamkeit in der Gesellschaft zu verbreiten. Friedman diskutierte mit dem Staatssekretär im Bundesinnenministerium Markus Kerber, dem Direktor des „Centre for the Study of Radicalisation (ICSR)“ am

Kings College in London, Professor Peter Neumann, dem Antisemitismusbeauftragten der Generalstaatsanwaltschaft München, Andreas Franck und dem früheren Online-Sicherheitschef von Facebook Alex Stamos über „Bekämpfung von Hassverbrechen“.

Stamos relativierte bei der Veranstaltung am Rande der Münchner Sicherheitskonferenz die Verantwortung der Plattformen. „Ich glaube nicht, dass irgendjemand

hier erwartet, dass die Telekom alle Telefonate mithört“, sagte er und verwies auf den Facebook-Messenger. Für den Professor an der Stanford University kommt es auf den Kontext und die Form der Öffentlichkeit an. Zudem unterstrich er, Facebook habe auch positive gesellschaftliche Wirkungen. Es habe dazu beigetragen, dass die Bewegungen „#MeToo“ oder „Black Lives Matter“ Gehör erhalten hätten.

Goldschmidt hatte zuvor betont, private Unternehmen könnten sehr wohl das regeln, was auf ihren Online-Plattformen veröffentlicht werden könne. Anders der Staat. Dieser müsse das Recht auf freie Meinungsäußerung schützen.

„Wir müssen deutlich machen, dass der Staat gegen antisemitische Verbrechen durchgreift“, sagte Franck. Kerber betonte, dass Deutschland die Prioritäten anders setze und entschiedener gegen Hassverbrechen vorgehe. Das sei eine Konsequenz des antisemitischen Angriffs von Halle. Dazu gehöre, dass die Sicherheitsbehörden Zugriff auf die IP-Adressen erhalten sollen. Eine entsprechende Änderung des BKA-Gesetzes ist in Arbeit.

KURZ NOTIERT

Erneut zwei Kliniken in Nordsyrien zerstört

Aleppo. (dpa) Im Kampf um Syriens letztes großes Rebellengebiet um die Stadt Idlib haben die Regierungstruppen weitere Geländegewinne erzielt. Die Armee habe westlich der Großstadt Aleppo Dutzende Dörfer unter Kontrolle gebracht, teilte ein Sprecher der Militärführung mit. Rettungshelfer meldeten, zwei Kliniken seien getroffen worden und nun außer Betrieb.

Geberkonferenz: 1,15 Milliarden für Albanien

Brüssel. (dpa) Nach dem schweren Erdbeben in Albanien stellt die internationale Gemeinschaft 1,15 Milliarden Euro für den Wiederaufbau des Balkanlandes zur Verfügung. „Heute haben wir alle Erwartungen übertroffen“, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Montag nach einer Geberkonferenz in Brüssel. Allein EU-Kommission, Europäische Zentralbank und die 27 EU-Staaten gäben 400 Millionen Euro, Deutschland stelle elf Millionen Euro bereit.

Taliban: Abkommen mit USA bis Ende des Monats

Kabul/Islamabad. (dpa) Die militant-islamistischen Taliban sind optimistisch, demnächst mit den USA ein Abkommen über Wege zu Frieden zu unterzeichnen. Eine Übereinkunft werde bis Ende Februar unterschrieben, teilte der Sprecher des politischen Büros der Taliban in Doha, Suhail Schahin, am Montag über WhatsApp mit. Eine Bestätigung von US-Seite gab es nicht. Die Gewalt im Land dauert weiter an. Schahin zufolge beinhalte das USA-Taliban-Abkommen, dass alle internationalen Truppen Afghanis-



Vergangene Woche trafen sich in Brüssel US-Verteidigungsminister Mark Esper (links) und sein afghanischer Amtskollege Asadullah Khalid. Bild: Virginia Mayo/AP Pool/dpa

tan verlassen. Die Taliban würden sicherstellen, dass von Afghanistan aus kein anderes Land angegriffen werde. Anschließend sollten innerafghanische Verhandlungen beginnen, sagte Schahin weiter. Seit Juli 2018 sprechen Vertreter der USA und der Taliban über eine politische Lösung. Am Donnerstag hatte US-Verteidigungsminister Mark Esper erklärt, die USA und die Taliban hätten einen „Vorschlag“ für eine siebentägige Reduzierung der Gewalt ausgehandelt.

Kritik an Amthor wegen Debatte über Leitkultur

Berlin. (dpa) Der CDU-Bundestagsabgeordnete Philipp Amthor hat die 20 Jahre alte Debatte um eine deutsche „Leitkultur“ neu angestoßen und dafür heftige Kritik geerntet. Sein sächsischer Fraktionskollege Marian Wendt (34) plädiert dafür, den Föderalismus einzuschränken. Auch die Trennung zwischen Geheimdienst und Polizei will er teilweise abschaffen, um Terrorismus und Extremismus effektiver zu bekämpfen. Beide Vorschläge der jungen Konservativen sind umstritten – auch in der CDU.